

## Antrag

der Bundesregierung

### **Deutsche Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den KOSOVO sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force)**

*Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 22. Februar 1999:*

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt im Anschluß an die Beschlüsse vom 16. Oktober 1998, 13. November 1998 und 19. November 1998 dem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte entsprechend dem von der Bundesregierung am 22. Februar 1999 beschlossenen Beitrag zur militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den KOSOVO sowie zu NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force) zu.

#### Begründung:

Die Bundesregierung mißt der Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens höchste politische Bedeutung bei. Nur durch die Umsetzung eines solchen Abkommens können die Voraussetzungen für eine dauerhafte Stabilität in der Region geschaffen werden. Das Engagement der NATO soll entscheidend dazu beitragen, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden und die Bedingungen zu schaffen, die den Weg für ein friedliches Miteinander ermöglichen, den Schutz und die Menschenrechte der Bevölkerung sichern sowie den Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat erleichtern.

In einem Rambouillet-Abkommen werden die Konfliktparteien der Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe von NATO- und Nicht-NATO-Staaten zur militärischen Umsetzung des Abkommens für den KOSOVO einvernehmlich zustimmen. Die Konfliktparteien werden bekräftigen, daß sie die Regelungen zur Durchführung der militärischen Aufgaben der multinationalen Friedenstruppe uneingeschränkt anerkennen und voll unterstützen.

In einem Rambouillet-Abkommen wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ersucht, eine Resolution mit dem entsprechenden Mandat für eine multinationale Friedenstruppe zu verabschieden<sup>1</sup>. Der NATO-Rat hat entsprechende Beschlüsse zur Durchführung der Operation gefaßt. Deutschland wird zu dieser NATO-geführten Operation einen angemessenen Beitrag leisten.

Durch Vorausverlegung von ersten Einsatz- und Unterstützungskräften soll für die Region ein sichtbares Zeichen für die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zur raschen Absicherung des Friedens gesetzt werden. Zugleich werden damit die Voraussetzungen ge-

---

<sup>1</sup> Formulierung steht unter dem Vorbehalt des genauen Textes von Rambouillet.

schaffen, unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erste Kräfte in die Region entsenden zu können.

Kommt es zu einer Notfallsituation, bevor die volle Einsatzbereitschaft der multinationalen Friedensstruppe KFOR hergestellt ist, gilt es dafür Sorge zu tragen, ggf. alle Verifikateure der OSZE herauszulösen. Das Bündnis hält hierfür entsprechende Notfallplanungen vor. Der NATO-Rat hat am 30. Januar 1999 das diesbezügliche ergänzende Operationskonzept zu NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe und am 05. Februar 1999 die für diese Operationen erforderliche Luftunterstützung gebilligt. Der NATO-Rat hat am 17. Februar 1999 dem Operationsplan zur militärischen Absicherung eines eventuellen Friedensabkommens im KOSOVO vorläufig zugestimmt.

Die Bundesregierung hat deswegen beschlossen, unter dem Vorbehalt der konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag zur Vorbereitung eines deutschen Beitrages für die Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für den KOSOVO sowie für NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force) nachstehend aufgeführte Kräfte einzusetzen.

1. Für die deutsche Beteiligung an einer NATO-geführten multinationalen Friedensstruppe für den KOSOVO (Kosovo Force, KFOR) werden bereitgestellt:

a. Ein teilstreitkraftübergreifendes Kontingent unter Führung des Heeres bestehend aus

einem Großverband mit

- einem Brigadestab;
- Panzer-, Panzergrenadier-, Panzeraufklärungs- und Infanteriekräften,
- Pionierkräften,
- Heeresfliegerkräften,
- Aufklärungskräften, einschließlich Kräften für Drohnenaufklärung und elektronische Aufklärung,
- Stabs-, Sicherungs-, Führungs- und Einsatzunterstützungskräften einschließlich Sanitätseinsatz- und Hafenumschlagskräften.

b. Ein Luftwaffenkontingent bestehend aus

- Aufklärungs- und ECR-Flugzeugen,
- Lufttransport- und Luftumschlagskräften,
- Stabs-, Unterstützungs- und Sicherungskräften;
- Kräften für Medizinische Evakuierung (MEDEVAC).

c. Marinekräfte bestehend aus

- See- und Seeluftstreitkräften einschließlich Einheiten für die elektronische Aufklärung.

d. Personal und Führungsunterstützungskräfte für die internationalen Hauptquartiere einschließlich AWACS.

2. a. Mit den Beschlüssen vom 16. Oktober 1998, vom 13. November 1998 und vom 19. November 1998 hat der Deutsche Bundestag Kräfte für
- begrenzte und in Phasen durchzuführende Luftoperationen<sup>1</sup>
  - die NATO-Verifikationsmission EAGLE EYE<sup>2</sup>
  - den Anteil an der Notfalltruppe<sup>3</sup>
- in einer Größenordnung von rund 1.000 Soldaten bereits gebilligt.

Ein KFOR-Kontingents wird bis zu 4.500 Soldaten umfassen, sowie eine Ausgleichszahl von bis zu 500 Soldaten, die zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Einsatzstärke während der Vorbereitungs-/Aufbauphase und zur Bewahrung der Einsatzstärke bei Personalrotation notwendig ist.

Die bereits gebilligten Kräfte können zusätzlich in das KFOR-Gesamtkontingents integriert werden.

Vorauskräfte und erforderliches Gerät werden mit Zustimmung der Aufnahmestaaten in GRIECHENLAND und MAZEDONIEN und – soweit notwendig – in anderen Staaten vorausstationiert. Umfang und Zusammensetzung des deutschen Luftwaffenkontingents sollen einen Einsatz von bis zu 14 Aufklärungs- und ECR-TORNADO-Flugzeugen einschließlich der erforderlichen Aufklärungs- und Unterstützungskräfte ermöglichen. Auf Kräfte und Logistik der SFOR-Operation JOINT FORGE kann zurückgegriffen werden, sofern die Auftragsbefüllung im Rahmen dieser Einsätze nicht eingeschränkt wird.

- b. Die Kräfte können mit Zustimmung des Aufenthaltsstaates eingesetzt werden, sobald das Rambouillet-Abkommen unterzeichnet ist, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Sache befaßt ist und ein entsprechender Beschluß des NATO-Rats vorliegt.
- c. Der deutsche Beitrag orientiert sich zeitlich an den Regelungen eines Rambouillet-Abkommens.

3. Kommt es zu einem Notfall, bevor die volle Einsatzbereitschaft der multinationalen Friedenstruppe (KFOR) hergestellt ist, können die Kräfte auch im Rahmen der Not-

---

<sup>1</sup> Bundestagsbeschluß vom 16. Oktober 1998: Begrenzte und in Phasen durchzuführende Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt.

<sup>2</sup> Bundestagsbeschluß vom 13. November 1998: Luftüberwachungsoperation über dem Kosovo.

<sup>3</sup> Bundestagsbeschluß vom 19. November 1998: Operation zum Schutz und Herausziehen von OSZE-Beobachtern aus dem Kosovo in Notfallsituationen.

falltruppe (Extraction Force) auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses des NATO-Rates eingesetzt werden, wenn die Bundesrepublik Jugoslawien ihren Verpflichtungen zum Schutz des OSZE-Personals nicht nachkommt.

4. Im Rahmen dieser Operationen können Personal und Führungsunterstützungskräfte für die internationalen Hauptquartiere mit Zustimmung des Aufnahmestaates verlegt werden, bevor die unter Ziffer 2.b. genannten Voraussetzungen vorliegen.
5. Es kommen zum Einsatz
  - nur Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sowie
  - Soldaten, die Grundwehrdienst, freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst oder eine Wehrübung leisten, nur, wenn sie sich für besondere Auslandsverwendungen freiwillig verpflichtet haben.
6. Im Rahmen dieser Operationen kann der Einsatz von deutschem Personal in Kontingenten anderer Nationen sowie der Einsatz von Personal anderer Nationen im Rahmen des deutschen Kontingentes auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen und in den Grenzen der für Soldaten des deutschen Kontingents bestehenden rechtlichen Bindungen genehmigt werden.
7. Bei dem Einsatz handelt es sich um eine besondere Auslandsverwendung im Sinne des § 58 a des Bundesbesoldungsgesetzes.
8. Die zusätzlichen Kosten dieses Einsatzes werden nach ersten Schätzungen für einen Zeitraum von 12 Monaten ca. 620,0 Millionen DM betragen. Entsprechende Haushaltsmittel sind in dem Verteidigungshaushalt nicht veranschlagt. Wegen der bestehenden Verpflichtungen des Einzelplans 14, insgesamt rund 400,0 Millionen DM im Haushaltsjahr 1999 für alle bereits gebilligten internationalen Einsätze erwirtschaften zu müssen, werden die Kosten dieses Einsatzes aus Haushaltsmitteln der Allgemeinen Finanzverwaltung (Einzelplan 60) abgedeckt.

Bundesministerin Dr. Christine Bergmann

(A) Wir müssen dringend die Qualität der Altenpflege verbessern. Wir machen das schrittweise. Wir fangen jetzt mit der bundeseinheitlichen Altenpflegeausbildung an. Wir fahren mit der Novelle zum Heimgesetz fort, und wir werden auch Reformen bei den ambulanten Diensten zustande bringen. Wir führen schon jetzt entsprechende Gespräche, zum Beispiel mit den kommunalen Vertretern, mit den Ländern und mit privaten Trägern ambulanter Dienste. Sie können das, wenn Sie der Meinung sind, daß es wichtig ist, gerne unterstützen. Ich bin das sehr uneigennützig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir nehmen jede Unterstützung, die wir kriegen können, weil es darum geht, die Pflegebedingungen wirklich zu verbessern.

Wir nutzen auch das Internationale Jahr der Senioren sehr ernsthaft. Sie haben von uns ja Übersichten dazu bekommen. Der demographische Wandel ist zwar zahlenmäßig bekannt; aber wenn wir diskutieren, diskutieren wir immer nur über Rente. Der demographische Wandel hat aber auch andere Aspekte: Es gibt immer mehr Ältere, die ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen wollen. Es geht darum, das Bild der Älteren in der Gesellschaft zu verändern und zu verbessern. Daran arbeiten wir sehr kräftig; wir nutzen dazu dieses Jahr. Sie bekommen Einladungen zu allen Veranstaltungen. Das

gilt aber nicht nur für dieses Jahr, sondern wir haben in diesem Bereich auch schon die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluß nur noch eins: Es handelt sich mit 12 Milliarden DM nicht um den größten Haushalt, den ich hier verrete, aber in der Gleichstellungspolitik, im Jugendbereich, in der Familien- und Seniorenpolitik sind sehr viele gesellschaftliche Reformen notwendig. Wir gehen sie im Interesse dieser Gruppen an. Sie können uns dabei unterstützen; ich würde mich darüber freuen. Aber wir setzen das auch dann um, wenn Sie weiterhin nur daran herumäckeln. Sie haben die Wahl.

Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen jetzt das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur deutschen Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens bekannt, Drucksachen 14/397 und 14/414. Abgegebene Stimmen 608. Mit Ja haben gestimmt 556, mit Nein haben gestimmt 42, Enthaltungen 10. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis	
(B) Abgegebene Stimmen:	604
davon:	
ja:	556
nein:	42
enthalten:	10

Ja

SPD

Brigitte Adler  
Gerd Andros  
Rainer Arnold  
Hermann Bachmaier  
Ernst Bahr  
Doris Barnett  
Dr. Hans-Peter Bartels  
Eckhardt Barthel (Berlin)  
Ingrid Becker-Inglau  
Dr. Axel Berg  
Hans-Werner Bertl  
Friedhelm Julius Beucher  
Petra Bierwirth  
Rudolf Bindig  
Kurt Bodewig  
Klaus Brandner  
Anni Brandt-Elsweiler  
Willi Brase  
Dr. Eberhard Brecht  
Rainer Brinkmann (Detmold)  
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)  
Hans-Günter Bruckmann  
Ursula Burchardt

Dr. Michael Bürsch  
Hans Büttner (Ingolstadt)  
Marion Caspers-Merk  
Wolf-Michael Catenhusen  
Dr. Herta Däubler-Gmelin  
Karl Diller  
Peter Dreßen  
Rudolf Dreßler  
Detlef Dzembritzki  
Dieter Dzewas  
Dr. Peter Eckardt  
Sebastian Edathy  
Ludwig Eich  
Marga Elser  
Petra Ernstberger  
Annette Faße  
Lothar Fischer (Homburg)  
Gabriele Fograscher  
Iris Follak  
Norbert Formanski  
Rainer Fornahl  
Hans Forster  
Dagmar Freitag  
Peter Friedrich (Altenburg)  
Lilo Friedrich (Mettmann)  
Harald Friese  
Arne Fuhrmann  
Monika Ganseforth  
Konrad Gilges  
Iris Gleicke  
Günter Glöser  
Uwe Göllner  
Renate Gradistanac  
Günter Graf (Friesoythe)  
Angelika Graf (Rosenheim)  
Dieter Grasedieck

Monika Griefahn  
Achim Großmann  
Wolfgang Grothaus  
Karl-Hermann Haack (Extertal)  
Hans-Joachim Hacker  
Klaus Hagemann  
Manfred Hampel  
Christel Hanewinkel  
Alfred Hartenbach  
Nina Hauer  
Hubertus Heil  
Reinhold Hemker  
Frank Hempel  
Dr. Barbara Hendricks  
Gustav Herzog  
Monika Heubaum  
Reinhold Hiller (Lübeck)  
Stephan Hilsberg  
Gerd Höfer  
Jelena Hoffmann (Chemnitz)  
Walter Hoffmann (Darmstadt)  
Iris Hoffmann (Wismar)  
Frank Hofmann (Volkach)  
Ingrid Holzhüter  
Eike Hovermann  
Christel Humme  
Lothar Ibrügger  
Barbara Imhof  
Brunhilde Irber  
Gabriele Iwersen  
Renate Jäger  
Jann-Peter Janssen  
Ilse Janz  
Dr. Uwe Jens  
Volker Jung (Düsseldorf)

Johannes Kahrs  
Ulrich Kasparick  
Sabine Kaspercit  
Susanne Kastner  
Hans-Peter Kemper  
Klaus Kirschner  
Marianne Klappert  
Siegrun Klemmer  
Hans-Ulrich Klose  
Walter Kolbow  
Fritz Rudolf Körper  
Karin Kortmann  
Anette Kramme  
Niccolite Kressl  
Volker Kröning  
Angelika Krüger-Leißner  
Horst Kubatschka  
Ernst Küchler  
Helga Kühn-Mengel  
Ute Kumpf  
Dr. Uwe Küster  
Werner Labsch  
Oskar Lafontaine  
Christine Lambrecht  
Brigitte Lange  
Christian Lange (Backnang)  
Detlev von Larcher  
Christine Lehder  
Waltraud Lehn  
Robert Leidinger  
Klaus Lennartz  
Dr. Elke Leonhard  
Eckhart Lewering  
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)  
Erika Lotz

(D)

## Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Dr. Christine Lucyga  
Dieter Maaß (Herne)  
Winfried Mante  
Dirk Manzewski  
Tobias Marhold  
Lothar Mark  
Christoph Matschie  
Ingrid Matthäus-Maier  
Heide Mattischeck  
Markus Meckel  
Ulrike Mehl  
Ulrike Merten  
Angelika Mertens  
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)  
Ursula Mogg  
Christoph Moosbauer  
Siegmar Mosdorf  
Michael Müller (Düsseldorf)  
Jutta Müller (Völklingen)  
Christian Müller (Zittau)  
Franz Müntefering  
Andrea Nahles  
Volker Neumann (Bramsche)  
Gerhard Neumann (Gotha)  
Dr. Edith Niehuis  
Dr. Rolf Niese  
Dietmar Nietan  
Günter Oesinghaus  
Eckhard Ohl  
Leyla Onur  
Manfred Opel  
Holger Ortel  
Adolf Ostertag  
Kurt Palis  
Albrecht Papenroth  
Dr. Willfried Penner  
Dr. Martin Pfaff  
Georg Pfannenstern  
Johannes Pflug  
Joachim Poß  
Karin Rehbock-Zureich  
Margot von Renesse  
Bernd Reuter  
Dr. Edelbert Richter  
Reinhold Robbe  
Dr. Ernst Dieter Rossmann  
Michael Roth (Heringen)  
Birgit Roth (Speyer)  
Gerhard Rübenkönig  
Thomas Sauer  
Dr. Hansjörg Schäfer  
Gudrun Schaich-Walch  
Rudolf Scharping  
Bernd Scheelen  
Dr. Hermann Scheer  
Siegfried Scheffler  
Horst Schild  
Otto Schily  
Dieter Schloten  
Horst Schmidbauer  
(Nürnberg)  
Ulla Schmidt (Aachen)  
Silvia Schmidt (Eisleben)  
Dagmar Schmidt (Meschede)  
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)  
Regina Schmidt-Zadel  
Heinz Schmitt (Berg)  
Carsten Schneider  
Dr. Emil Schnell  
Walter Schöler
- Olaf Scholz  
Karsten Schönfeld  
Fritz Schösser  
Ottmar Schreiner  
Gerhard Schröder  
Gisela Schröter  
Dr. Mathias Schubert  
Richard Schuhmann  
(Delitzsch)  
Brigitte Schulte (Hameln)  
Reinhard Schultz  
(Everswinkel)  
Volkmarschultz (Köln)  
Ilse Schumann  
Ewald Schurcr  
Dr. R. Werner Schuster  
Dietmar Schütz (Oldenburg)  
Dr. Angelica Schwall-Dürren  
Ernst Schwanhold  
Rolf Schwanitz  
Bodo Scidenthal  
Erika Simm  
Dr. Cornelia Sonntag-  
Wolgast  
Wieland Sorge  
Wolfgang Spanier  
Dr. Margrit Spielmann  
Jörg-Otto Spiller  
Dr. Ditmar Staffelt  
Antje-Marie Steen  
Ludwig Stiegler  
Rolf Stöckel  
Rita Streb-Hesse  
Dr. Peter Struck  
Joachim Stünker  
Joachim Tappe  
Jörg Tauss  
Jella Teuchner  
Dr. Gerald Thalheim  
Wolfgang Thiersch  
Franz Thönnies  
Adelheid Tröschner  
Hans-Eberhard Urbaniak  
Rüdiger Veit  
Simone Viola  
Ute Vogt (Pforzheim)  
Hans Georg Wagner  
Hedi Wegner  
Dr. Konstanze Wegner  
Wolfgang Weiermann  
Reinhard Weis (Stendal)  
Matthias Weisheit  
Gunter Weißgerber  
Gert Weisskirchen  
(Wiesloch)  
Dr. Ernst Ulrich von  
Weizsäcker  
Hans-Joachim Welt  
Dr. Rainer Wend  
Hildegard Wester  
Lydia Westrich  
Inge Wettig-Danielmeyer  
Dr. Margrit Wetzell  
Dr. Norbert Wiczorek  
Helmut Wiczorek  
(Duisburg)  
Jürgen Wiczorek (Leipzig)  
Heidemarie Wiczorek-Zeul  
Dieter Wiefelspütz  
Heino Wiese (Hannover)
- Klaus Wieschügel  
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)  
Engelbert Wistuba  
Barbara Wittig  
Dr. Wolfgang Wodarg  
Hanna Wolf (München)  
Waltraud Wolff (Zielitz)  
Heidemarie Wright  
Uta Zapf  
Dr. Christoph Zöpel  
Peter Zumkley
- CDU/CSU
- Ulrich Adam  
Ilse Aigner  
Peter Altmaier  
Dietrich Austermann  
Norbert Barthle  
Dr. Wolf Bauer  
Günter Baumann  
Brigitte Baumeister  
Meinrad Belle  
Dr. Sabine Bergmann-Pohl  
Otto Bernhardt  
Hans-Dirk Bierling  
Dr. Joseph-Theodor Blank  
Renate Blank  
Dr. Heribert Blens  
Peter Bleser  
Dr. Norbert Blüm  
Dr. Maria Böhmer  
Sylvia Bonitz  
Jochen Borchert  
Wolfgang Bosbach  
Dr. Wolfgang Bötsch  
Klaus Brähmig  
Dr. Ralf Brauksiepe  
Paul Breuer  
Klaus Bühler (Bruchsal)  
Hartmut Büttner  
(Schönebeck)  
Dankward Buwitt  
Cajus Caesar  
Leo Dautzenberg  
Wolfgang Dchnel  
Hubert Deitert  
Albert Deß  
Wilhelm Dietzel  
Thomas Dörflinger  
Marie-Luise Dött  
Maria Eichhorn  
Rainer Eppelmann  
Anke Eymer  
Ilse Falk  
Dr. Hans Georg Faust  
Ingrid Fischbach  
Dirk Fischer (Hamburg)  
Axel Fischer (Karlsruhe-  
Land)  
Herbert Frankenhauser  
Dr. Gerhard Friedrich  
(Erlangen)  
Dr. Hans-Peter Friedrich  
(Naila)  
Erich G. Fritz  
Jochen-Konrad Fromme  
Hans-Joachim Fuchtel  
Dr. Jürgen Gellib  
Norbert Geis
- Dr. Heiner Geißler  
Georg Girisch  
Michael Glos  
Dr. Reinhard Göhner  
Peter Götz  
Dr. Wolfgang Götzer  
Kurt-Dieter Grill  
Hermann Gröhe  
Manfred Grund  
Carl-Detlev Freiherr von  
Hammerstein  
Gottfried Haschke  
(Großhennersdorf)  
Gerda Hasselfeldt  
Norbert Hauser (Bonn)  
Hansgeorg Hauser  
(Rednitzhembach)  
Klaus-Jürgen Hedrich  
Ursula Heinen  
Manfred Heise  
Siegfried Helias  
Hans Jochen Henke  
Ernst Hirsken  
Peter Hintze  
Klaus Hofbauer  
Martin Hohmann  
Klaus Holerscheck  
Josef Hollerith  
Dr. Karl-Heinz Hornhues  
Siegfried Hornung  
Joachim Hörster  
Hubert Hüppe  
Peter Jacoby  
Susanne Jafke  
Georg Janovsky  
Dr.-Ing. Rainer Jork  
Dr. Harald Kahl  
Bartholomäus Kalb  
Steffen Kampeter  
Dr. Dietmar Kansy  
Irmgard Karwatzki  
Volker Kauder  
Eckart von Klaeden  
Ulrich Klinkert  
Dr. Helmut Kohl  
Manfred Kolbe  
Norbert Königshofen  
Eva-Maria Kots  
Hartmut Koschyk  
Rudolf Kraus  
Dr. Martina Krogmann  
Dr. Paul Krüger  
Dr. Hermann Kues  
Karl Lamers  
Dr. Karl A. Lamers  
(Heidelberg)  
Dr. Norbert Lammert  
Dr. Paul Laufs  
Karl-Josef Laumann  
Vera Lengsfeld  
Werner Lensing  
Peter Letzger  
Ursula Lietz  
Walter Link (Diepholz)  
Eduard Lintner  
Dr. Klaus Lippold  
(Offenbach)  
Dr. Manfred Lischewski  
Wolfgang Lohmann  
(Lüdenscheid)
- (C)
- (D)

# Dt. Beteiligung an der militärischen Umsetzung... Kosovo

Deutscher Bundestag - 14. Wahlperiode - 22. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 25. Februar 1999

1717

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- |  |   |   |  |
|--|---|---|--|
| <p>(A) Dr. Michael Luther<br/>Erwin Marschewski<br/>Dr. Martin Mayer<br/>(Siegertsbrunn)<br/>Wolfgang Meckelburg<br/>Dr. Michael Meister<br/>Dr. Angela Merkel<br/>Friedrich Merz<br/>Meinolf Michels<br/>Dr. Gerd Müller<br/>Bernward Müller (Jena)<br/>Elmar Müller (Kirchheim)<br/>Claudia Nolte<br/>Günter Nook<br/>Franz Obermeier<br/>Eduard Oswald<br/>Norbert Otto (Erfurt)<br/>Dr. Peter Paziorek<br/>Anton Pfeifer<br/>Dr. Friedbert Pflüger<br/>Beatrix Philipp<br/>Ronald Pofalla<br/>Ruprecht Polenz<br/>Marlies Preußler<br/>Dieter Pützhofer<br/>Hans Raidel<br/>Dr. Peter Ramsauer<br/>Peter Rauen<br/>Christa Reichard (Dresden)<br/>Erika Reinhardt<br/>Hans-Peter Reipnik<br/>Dr. Heinz Riesenhuber<br/>Franz Romer<br/>Hannelore Rönisch<br/>(Wiesbaden)<br/>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br/>Dr. Klaus Rose</p> | <p>Werner Siemann<br/>Johannes Singhammer<br/>Bärbel Sothmann<br/>Margarete Späte<br/>Carl-Dieter Spranger<br/>Dr. Wolfgang Freiherr von<br/>Stetten<br/>Andreas Storm<br/>Dorothea Stör-Ritter<br/>Max Straubinger<br/>Matthäus Srebl<br/>Thomas Strobl<br/>Michael Stübgen<br/>Dr. Susanne Ticmann<br/>Dr. Hans-Peter Uhl<br/>Arnold Vaatz<br/>Angelika Volquartz<br/>Andrea Voßhoff<br/>Dr. Theodor Waigcl<br/>Peter Weiß (Ermendingen)<br/>Gerald Weiß (Groß-Gerau)<br/>Annette Widmann-Mauz<br/>Heinz Wiese (Ehingen)<br/>Hans-Otto Wilhelm (Mainz)<br/>Klaus-Peter Willsch<br/>Matthias Wissmann<br/>Werner Wittlich<br/>Dagmar Wöhrl<br/>Elke Wülfing<br/>Peter Kurt Würzbach<br/>Wolfgang Zöllner</p> | <p>Christine Scheel<br/>Rezzo Schlauch<br/>Albert Schmidt (Hitzhofen)<br/>Werner Schulz (Leipzig)<br/>Christian Sterzing<br/>Jürgen Trittin<br/>Dr. Antje Vollmer<br/>Ludger Volmer<br/>Sylvia Ingoborg Voß<br/>Helmut Wilhelm (Amberg)</p>   | <p>F.D.P.<br/>Jürgen Koppelin<br/><br/>PDS<br/>Dr. Dietmar Bartsch<br/>Petra Bläss<br/>Maritta Böttcher<br/>Eva Bulling-Schröter<br/>Roland Claus<br/>Heidemarie Ehler<br/>Dr. Heinrich Fink<br/>Dr. Ruth Fuchs<br/>Fred Gebhardt<br/>Wolfgang Gehrcke-Reymann<br/>Dr. Klaus Grehn<br/>Dr. Gregor Gysi<br/>Dr. Barbara Höll<br/>Carsten Hübner<br/>Sabine Jünger<br/>Gerhard Jüttemann<br/>Dr. Evelyn Kenzler<br/>Dr. Heidi Knake-Werner<br/>Rolf Kutzmutz<br/>Heidi Lippmann-Kasten<br/>Ursula Lötzer<br/>Dr. Christa Luft<br/>Heidemarie Lüth<br/>Angela Marquardt<br/>Manfred Müller (Berlin)<br/>Kersten Naumann<br/>Rosel Neuhäuser<br/>Christine Ostrowski<br/>Petra Pau<br/>Dr. Uwe-Jens Rössel<br/>Christina Schenk<br/>Gustav-Adolf Schur<br/>Dr. Tja Seifert</p> |
| <p>(B) Kurt Rossmann<br/>Adolf Roth (Gießen)<br/>Norbert Röttgen<br/>Dr. Christian Ruck<br/>Volker Rühle<br/>Anita Schäfer<br/>Dr. Wolfgang Schäuble<br/>Hartmut Schauerte<br/>Heinz Schemken<br/>Karl-Heinz Scherhag<br/>Gerhard Scheu<br/>Dietmar Schlee<br/>Bernd Schmidbauer<br/>Christian Schmidt (Fürth)<br/>Andreas Schmidt (Mühlheim)<br/>Michael von Schmude<br/>Birgit Schnieber-Jastram<br/>Dr. Andreas Schockenhoff<br/>Dr. Rupert Scholz<br/>Reinhard Freiherr von<br/>Schorlemer<br/>Dr. Erika Schuchardt<br/>Diethard W. Schütze (Berlin)<br/>Clemens Schwalbe<br/>Dr. Christian Schwarz-<br/>Schilling<br/>Horst Seehofer<br/>Heinz Seiffert<br/>Rudolf Seiters</p>  | <p><b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b><br/>Marieluise Beck (Bremen)<br/>Volker Beck (Köln)<br/>Angelika Beer<br/>Matthias Berninger<br/>Ekin Deligöz<br/>Dr. Thea Dücken<br/>Franziska Eichstädt-Bohlig<br/>Dr. Uschi Eid<br/>Hans-Josef Fell<br/>Andrea Fischer (Berlin)<br/>Joseph Fischer (Frankfurt)<br/>Katrin Göring-Eckardt<br/>Rita Griebhaber<br/>Winfried Hermann<br/>Antje Hermenau<br/>Krisün Heyne<br/>Uli Höfken<br/>Michaele Hustedt<br/>Dr. Angelika Köster-Loßack<br/>Dr. Helmut Lippelt<br/>Dr. Reinhard Loske<br/>Oswald Metzger<br/>Klaus Wolfgang Müller (Kiel)<br/>Kerstin Müller (Köln)<br/>Winfried Nachtwei<br/>Christa Nickels<br/>Cem Özdemir<br/>Simone Probst</p>                  | <p>F.D.P.<br/>Hildebrecht Braun (Augsburg)<br/>Rainer Brüderle<br/>Ernst Burgbacher<br/>Jörg van Essen<br/>Ulrike Flach<br/>Paul K. Friedhoff<br/>Horst Friedrich (Bayreuth)<br/>Dr. Wolfgang Gerhardt<br/>Hans-Michael Goldmann<br/>Dr. Karlheinz Guttanacher<br/>Klaus Haupt<br/>Dr. Helmut Haussmann<br/>Ulrich Heinrich<br/>Walter Hirche<br/>Birgit Hornburger<br/>Dr. Werner Hoyer<br/>Ulrich Irmer<br/>Dr. Klaus Kinkel<br/>Dr. Heinrich Kolb<br/>Ina Lenke<br/>Jürgen W. Möllemann<br/>Dirk Niebel<br/>Hans-Joachim Otto<br/>(Frankfurt)<br/>Detlef Parr<br/>Cornelia Pieper<br/>Dr. Günter Rexrodt<br/>Dr. Edzard Schmidt-Jortzig<br/>Gerhard Schüßler<br/>Marita Sehn<br/>Dr. Hermann Otto Solms<br/>Carl-Ludwig Thiele<br/>Dr. Dieter Thomae<br/>Jürgen Türk<br/>Dr. Guido Westerwelle</p> | <p><b>Enthalten</b><br/><br/><b>SPD</b><br/>Dr. Peter Danckert<br/>Christel Deichmann<br/>Konrad Kunick<br/>Christa Lörcher<br/>Renate Rennebach<br/>René Röspel<br/><br/><b>CDU/CSU</b><br/>Manfred Carstens (Ernstek)<br/>Willy Wimmer (Neuss)<br/><br/><b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b><br/>Limingard Schewe-Gerigk<br/><br/><b>F.D.P.</b><br/>Sabine Leutheusser-<br/>Schnarrenberger</p>   |
| <p><b>Nein</b><br/><br/><b>SPD</b><br/>Klaus Barthel (Starnberg)<br/>Uwe Hixsch</p>  |   |   |  |
| <p><b>BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</b><br/>Annelie Buntentbach<br/>Monika Knoche<br/>Steffli Lemke<br/>Christian Simmert<br/>Hans-Christian Ströbele</p>   |   |   |  |

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Baehrendt, Wolfgang, SPD  
Zierck, Benno, CDU/CSU

Maab (Wilhelmshaven),  
Erich, CDU/CSU

Siebert, Bernd, CDU/CSU

Wohlleben, Verena, SPD

**Beschlußempfehlung und Bericht  
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Bundesregierung  
- Drucksache 14/397 -

**Deutsche Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens  
für das Kosovo sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction  
Force)**

**A. Problem**

Der Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens kommt höchste politische Bedeutung zu. Durch dieses Abkommen können die Voraussetzungen für eine dauerhafte Stabilität in der Region geschaffen werden. Das Engagement der NATO soll entscheidend dazu beitragen, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden und die Bedingungen zu schaffen, die den Weg für ein friedliches Miteinander ermöglichen, den Schutz und die Menschenrechte der Bevölkerung sichern sowie den Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat erleichtern.

In dem Abkommen werden die Konfliktparteien der Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe von NATO- und Nicht-NATO-Staaten zur militärischen Umsetzung des Abkommens für das Kosovo einvernehmlich zustimmen.

In dem Abkommen wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ersucht, eine Resolution mit dem entsprechenden Mandat für eine multinationale Friedenstruppe zu verabschieden. Der NATO-Rat hat entsprechende Beschlüsse zur Durchführung der Operation gefaßt. Deutschland wird zu dieser NATO-geführten Operation einen angemessenen Beitrag leisten.

Durch Vorausverlegung von ersten Einsatz- und Unterstützungskräften soll für die Region ein sichtbares Zeichen für die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zur raschen Absicherung des Friedens gesetzt werden. Zugleich werden damit die Voraussetzungen geschaffen, unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages erste Kräfte in die Region entsenden zu können.

Kommt es zu einer Notfallsituation bevor die volle Einsatzbereitschaft der multinationalen Friedenstruppe KFOR hergestellt ist, ist dafür Sorge zu tragen, daß alle Verifikateure der OSZE herausgelöst werden.

Die Bundesregierung hat deshalb beschlossen, unter dem Vorbehalt der konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag zur Vorbereitung eines deutschen Beitrages für die Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für das Kosovo sowie für NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force) bewaffnete deutsche Streitkräfte einzusetzen.

#### **B. Lösung**

Zustimmung zu dem von der Bundesregierung am 22. Februar 1999 beschlossenen Beitrag zur militärischen Umsetzung eines Rambouillet-Abkommens für das Kosovo sowie zu NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe (Extraction Force).

Mehrheit im Ausschuß.

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Die zusätzlichen Kosten dieses Einsatzes werden nach ersten Schätzungen für einen Zeitraum von 12 Monaten ca. 620 Mio. DM betragen.

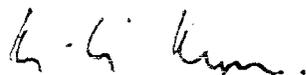
**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/397 wird zugestimmt.

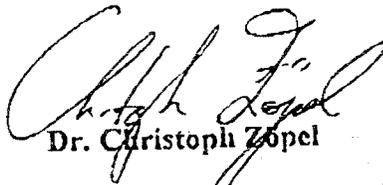
Bonn, den 25. Februar 1999

**Der Auswärtige Ausschuß**



**Hans-Ulrich Klose**

Vorsitzender



**Dr. Christoph Zöpel**

Berichterstatter



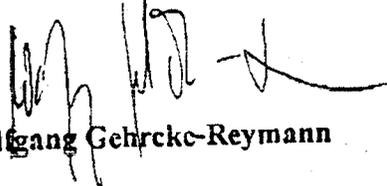
**Ulrich Irmer**

Berichterstatter



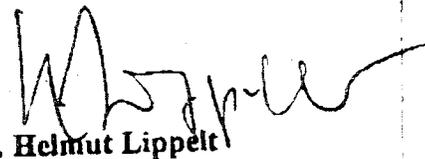
**Karl Lamers**

Berichterstatter



**Wolfgang Gehrcke-Reymann**

Berichterstatter



**Dr. Helmut Lippelt**

Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr. Christoph Zöpel, Karl Lamers, Dr. Helmut Lippelt, Ulrich Irmer und Wolfgang Gehrcke-Reymann****I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 21. Sitzung am 24. Februar 1999 den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/397 an den Auswärtigen Ausschuß zur Federführung sowie an den Rechtsausschuß, den Haushaltsausschuß und den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

**II.**

Der Rechtsausschuß beschloß am 25. Februar 1999 in seiner Sitzung mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS sowie eines Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung je eines Vertreters der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., dem Antrag zuzustimmen.

In seiner Sitzung am 25. Februar 1999 stimmte der Haushaltsausschuß mehrheitlich dem Antrag auf Drucksache 14/397 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Stimme der Fraktion CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. zu.

Ebenfalls am 25. Februar 1999 wurde im Verteidigungsausschuß der Antrag der Bundesregierung beraten und dem federführenden Auswärtigen Ausschuß empfohlen, dem o.a. Antrag in Verbindung mit der vom Bundesminister der Verteidigung

in der Sitzung vorgetragenen und zu Protokoll abgegebenen Erklärung sowie sich den daran anschließenden Erörterungen zuzustimmen. Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS gefaßt.

**III.**

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/397 in seiner 9. Sitzung am 24. Februar 1999 sowie in seiner 10. Sitzung am 25. Februar 1999 beraten. Zu Beginn der Sitzung am 25.02.99 gab die Bundesregierung folgende Erklärung zu Protokoll:

**„I.**

Die Bundesregierung ist sich der gewachsenen Verantwortung unseres Landes für Sicherheit und Stabilität in Europa bewußt. Sie hat ein herausragendes politisches Interesse an einem Friedensabkommen auf der Basis des am 23. Februar 1999 in Rambouillet von der Kontaktgruppe vorgelegten Textes. Die Bundesregierung beantragt daher, der Deutsche Bundestag möge die deutsche Beteiligung an der militärischen Umsetzung eines Friedensabkommens auf dieser Grundlage sowie an NATO-Operationen im Rahmen der Notfalltruppe beschließen.

Unser oberstes Ziel bleibt es, zu einer umfassenden Verhandlungslösung auf der

Basis des Kontaktgruppentextes vom 23. Februar 1999 zu kommen, einschließlich der notwendigen zivilen und militärischen Implementierung. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Dabei sieht der von der Kontaktgruppe vorgelegte Text des Friedensabkommens eine NATO-geführte militärische Umsetzung vor. Der Einsatz deutscher Streitkräfte wird daher in der politischen und strategischen Verantwortung der Allianz, d.h. auf der Grundlage eines NATO-Operationsplanes einschließlich entsprechender NATO-Einsatzregeln und NATO-Führungsstrukturen durchgeführt.

Im Antrag der Bundesregierung ist vorgesehen, daß die Kräfte zur Umsetzung eines Friedensabkommens mit Zustimmung des Aufenthaltsstaates eingesetzt werden können, „sobald eine Friedensvereinbarung für das Kosovo unterzeichnet ist, ein entsprechender Beschluß des NATO-Rates vorliegt und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Sache befaßt ist.“

Sie sehen, daß zur Implementierung eines Friedensabkommens militärische Kräfte in das Kosovo nur dann entsandt werden, wenn der Aufenthaltsstaat – also die Bundesrepublik Jugoslawien – dem zustimmt. Unter diesem Gesichtspunkt wäre völkerrechtlich eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eigentlich entbehrlich. Sie ist aber politisch wünschenswert. Deshalb unterstützen wir die Befassung des VN-Sicherheitsrates mit dieser Frage.

II.

Wir tragen mit diesem Beschluß aber auch Vorsorge für *den* Fall, daß die Verhandlungen um das Interimabkommen scheitern oder Kampfhandlungen erneut aufflammen. Luftschläge der NATO im Fall der Nicht-Einhaltung der Resolutionen des VN-Sicherheitsrates bleiben *ultima ratio* zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe. Die Situation der Kosovo-Verifikationsmission kann sich so verschlechtern, daß die OSZE-Beobachter unverzüglich und geschlossen herausgelöst werden müssen. Das Kontingent, über das der Deutsche Bundestag heute entscheidet, wird in einer solchen Notfallsituation zusammen mit den Verbündeten einen wichtigen Beitrag zur persönlichen Sicherheit der Beobachter leisten. Diese Vorsorgemaßnahme sind wir den OSZE-Beobachtern, die im Kosovo einen schwierigen und risikoreichen Dienst leisten, schuldig.

Ein Einsatz deutscher Soldaten in einer Notfallsituation zur Evakuierung der OSZE-Beobachter wäre eindeutig zweckgebunden, zeitlich eng begrenzt und endete, sobald die Verifikateure sicher aus dem Kosovo herausgezogen worden sind. Das Operationskonzept sieht vor, daß sich die „Extraction Force“ unmittelbar danach wieder zurückzieht.

Ich möchte hier noch einmal klarstellen, daß ein Einsatz der Notfalltruppe eindeutig von einem Einsatz zur Implementierung eines Abkommens zu unterscheiden ist und beide wiederum nicht im Zusammenhang mit den Luftoperationen zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe stehen.

## III.

Die Bundesregierung wird nach Unterzeichnung eines Friedensabkommens für das Kosovo den Bundestag umfassend und unverzüglich über den Beginn der Umsetzung sowohl der zivilen als auch der militärischen Aspekte dieses Abkommens unterrichten und den Bundestag erneut befassen. Wir sind uns dabei einig, daß eine Implementierung dadurch nicht verzögert werden darf.“

In Kenntnisnahme der Protokollerklärung der Bundesregierung hat der Ausschuß dem Plenum empfohlen, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/397 anzunehmen. Dieser Beschluß wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen, der CDU/CSU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung aus der CDU/CSU-Fraktion gefaßt.

Bonn, den 25. Februar 1999

**Dr. Christoph Zöpel**

Berichterstatter

**Karl Lamers**

Berichterstatter

**Dr. Helmut Lippelt**

Berichterstatter

**Ulrich Irmer**

Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke-Reymann**

Berichterstatter